

Frank-Walter Steinmeier

Zwischenruf: Die Leidenschaft fehlt**Über das Verhältnis von Kunst und Politik**

»Alternativlos« war das Unwort des Jahres 2010. Unwort, weil Alternativlosigkeit immer dann behauptet wird, wenn Debatten erstickt werden sollen, Nachfragen unterdrückt und Denken, Nachdenken und Weiterdenken zur Einstellung gebracht werden sollen. Heimat findet die »Alternativlosigkeit« nicht nur in der zynischen Sprache der globalisierten Business-Class. In der Sprache der Politik hat sie sich seit Langem eingenistet. Jeder Gesetzentwurf hat im Kabinett nur dann eine Chance, wenn im Vorblatt in den Spalten »Kosten« und »Alternativen« lakonisch jeweils nur mit »keine« geantwortet wird. Auch der größte Humbug wird zur einzigen Lösung stilisiert – Ende der Debatte.

Ob Robert Musil vor allem an Politiker dachte, als er dem *Mann ohne Eigenschaften* in seiner wunderschönen Formulierung den »Wirklichkeitssinn« zuordnete, weiß ich nicht. Was er aber wusste: Es gibt weder Alternativlosigkeit, noch eine einzige Lösung oder eine einzige Wirklichkeit. Musil hat deshalb dem Wirklichkeitssinn eine zweite Fähigkeit an die Seite gestellt: Den »Möglichkeitssinn« – die Fähigkeit, auch das zu denken, was ebenso gut sein könnte und »das, was ist, nicht wichtiger zu nehmen als das, was nicht ist«.

Wenn Politiker Vertreter des Wirklichkeitssinns sind, dann sind Künstler für mich so etwas wie die Anwälte des Möglichkeitssinns. Wirklichkeit und Möglichkeit – in diesem Spannungsfeld bewegen sich Kunst und Politik. Und wirklich spannend ist es dort, wo diese beiden aufeinandertreffen.

Auf der legendären Wahlkampfreise von Günter Grass, mit der er 1969 den



photothek.net/Thomas Köhler

Frank-Walter Steinmeier

(* 1956) war von 2005 bis 2009 Bundesminister des Auswärtigen sowie von 2007 bis 2009 auch Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland. Seit 2009 ist er Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

frank-walter.steinmeier@bundestag.de

Kanzlerkandidaten Willy Brandt unterstützte, wollten der Nobelpreisträger und die mit ihm verbundenen Künstler »Saline der Partei« sein! Salz in der Suppe ja, aber ohne Teil der Suppe zu sein und ohne Ehrgeiz, der Partei die Suppe zu versalzen. Fortschrittliche, auch provozierende Positionen zu besetzen, die in der SPD damals noch umstritten waren, und dadurch die Partei vorantreiben. Als Intellektuelle und Künstler wollten sie nicht in Distanz verbleiben, sondern sich einmischen, ihre Ideen, ihre Autorität und ihre Haltung einbringen, um unsere Gesellschaft zu verändern. Nicht die Tribüne war ihr Platz, sondern den Weg in die Arena haben sie gesucht!

Politische Haltung von Kunst und Künstlern war nach dem Ende von Nazi-herrschaft und nach politischer Formierung und Selbstformierung des Kulturellen im selbsternannten Dritten Reich keine Selbstverständlichkeit. Im Gegenteil! Der jungen Demokratie begegneten viele Intellektuelle und Künstler mit Skepsis, vielleicht weil so vieles noch sichtbar war aus der angeblich untergegangenen Welt. Vielleicht auch aus Angst vor erneuter »Indienstnahme« und Missbrauch durch die Politik.

»Politische Kunst« war jedenfalls etwas Neues: Künstler rümpften nicht die Nase über die schnelllebige, unvollkom-

mene und von Kompromissen durchgezogene Tagespolitik, sondern bezogen Position mit ihrer Sprache, mit ihren Möglichkeiten. »Kunst auf die Straße zu tragen«, das war ihr Anspruch, wie Klaus Staeck es einmal formulierte.

Das war zunächst eine Absage an den elitären Charakter der Kunst: »Kultur für alle!« hieß der Schlachtruf der 60er Jahre. Aber es ging noch um mehr. Kunst ist und war für sie kein Selbstzweck. Nein, »politische Kunst« will Wirklichkeit beeinflussen, Partei ergreifen, ohne Partei zu sein.

Kunst eröffnet neue Sichtweisen

Aus der Perspektive der Kunst stehe ich als Politiker sozusagen auf der anderen Seite des Wassergrabens. Aber gerade deshalb bin ich froh, dass es Künstler gibt, die beide Ufer nicht als unterschiedliche Welten sehen, sondern die Sphäre des Politischen achten, sich aber in ihrer Kunst darauf, auf Ergebnisse politischen Tuns oder Unterlassens, beziehen. Indem sie Strukturen in Frage stellen, experimentieren, Gewissheiten erschüttern. Sie schenken uns neue Sichtweisen auf das, was um uns herum passiert. Sie senden Weckrufe – und sorgen dafür, dass wir unter der Käseglocke einer vermeintlichen Realität nicht politisch verkümmern. Sie katapultieren das Mögliche in die Wirklichkeit hinein. Sie machen sich mit der Politik nicht gemein, aber rücken uns auf die Pelle, fordern uns heraus, stellen mindestens unangenehme Fragen. Auch von ihrem gelegentlichen »heiligen Zorn« ist kaum jemand von uns verschont geblieben.

Das hat unser Verhältnis nicht zu jeder Zeit einfach gemacht, aber es war ein Verhältnis! Ein Verhältnis mit Höhen und Tiefen, mit Nähe und Ferne, aber nie ohne Leidenschaft. Aber es gilt nach meiner Wahrnehmung nicht mehr grundsätzlich

für das Verhältnis von Politik und Kunst. Nicht etwa, weil es Dauerstreit gäbe. Eher sind wir uns gegenseitig etwas abhandengekommen, etwas gleichgültig geworden. Die Ursache könnte auf beiden Seiten liegen. Für Künstler mag die Sphäre des Politischen zu uneindeutig geworden sein, um sie mit künstlerischen Mitteln zu dechiffrieren. Im Übrigen – und leider ist auch das wahr! – ist für sie die gezeigte Nähe zu einer im medialen »Ranking« nach unten durchgereichten Politik nicht von Vorteil. Eher haben einige in der eigenen Zunft mit dem Vorwurf der Andienerei zu leben.

Für Politik auf der anderen Seite ist Kunst oft genug nicht Gegenüber, nicht Gegenstand der Auseinandersetzung, sondern nur Rahmen und Ornament, um Politik durch Inszenierung aufzuwerten. Was Hilmar Hoffmann einmal gefordert hat, ist immer noch aktuell: Dass wir die Künste nicht nur als Zitatenschatz würdigen (dort wo es gut in unsere Reden passt), »sondern als wirksamen Faktor und als Ferment der Gesellschaft« ernst nehmen. Ernst zu nehmen übrigens auch mit Blick auf die Finanzierung. Deshalb sind Debatten wie die, die wir zurzeit über das Urheberrecht führen, keine technokratische Beiläufigkeit. Und deshalb kann ich mich über die medialen Beifallsstürme für den Aufruf zu einem Kahlschlag bei den Kultursubventionen nur wundern. Unsere Freiheit wird nicht nur am Hindukusch, sondern auch in den Theatern vor Ort verteidigt, hat Michael Naumann einmal gesagt – und ich wünschte mir, der Satz würde ähnlich oft zitiert wie der, auf den er anspielt.

Der Dialog ist ausbaufähig! Das richtet sich auch an die Künstlerinnen und Künstler. Ich wünschte mir, dass Distanz zur Politik in der Kultur nicht länger als »schick«, oder gar als »alternativlos« gilt. Vielleicht geht es heute nicht jeden Tag um »Alles oder Nichts«, vielleicht waren die Feindbilder früher klarer. Aber Konflikte, über die wir diskutieren müssen, haben wir reichlich. Und eine Welt zu erklären, in der

die Werte der europäischen Aufklärung in wachsender Spannung zu wiederentdeckten eigenen Denktraditionen in Asien und Afrika geraten. Zeiten, in denen sich die Welt absehbar nicht mehr um die europäische Sonne dreht, in denen Entfremdung zwischen den Weltregionen eher zunimmt. In solchen Zeiten ist Politik überfordert, allein die Perspektiven für das Morgen zu erklären. Und ich kann mir schlicht nicht

vorstellen, dass – gerade jetzt! – die Künstler Europas zur Zukunft des Kontinents nichts zu sagen haben!

Eine demokratische Gesellschaft muss die Auseinandersetzung mit und durch die Kunst nicht nur aushalten, sie muss sie wollen. Wir sollten darüber nachdenken, wie es um den Möglichkeitssinn in unseren politischen Debatten zurzeit bestellt ist. ■

Lesebücher der Sozialen Demokratie
Band 3: Sozialstaat und Soziale Demokratie

**FRIEDRICH
 EBERT
 STIFTUNG**



2., aktualisierte
 Auflage

Alexander Petring u.a.
 Lesebuch 3: Sozialstaat und Soziale Demokratie

Herausgegeben
 von der Friedrich-Ebert-Stiftung
 Abteilung Politische Akademie

Lesebücher der Sozialen Demokratie, Bd. 3
 160 Seiten, broschiert
 5,00 Euro
 ISBN 978-3-86498-348-1

Die zweite Auflage des Lesebuchs 3, Sozialstaat und Soziale Demokratie ist erschienen: Aktuelle Entwicklungen, neue Zahlen und immer noch geht es um den fundamentalen Zusammenhang zwischen Demokratie und Sozialstaat.

Das Lesebuch zeigt, welche Gerechtigkeitsbegriffe den Sozialstaat prägen. Es erläutert, in welchen Sozialstaatstypen unterschiedliche Länder gesellschaftliche Solidarität organisieren. Es beschäftigt sich mit populärer Kritik am Sozialstaat und zeigt tatsächliche Herausforderungen auf, gibt einen Überblick über die sozialpolitische Programmatik der Parteien und diskutiert im Detail die Sozialstaatsbereiche Arbeit, Rente, Gesundheit, Bildung und Steuern.

www.fes-soziale-demokratie.de

Bestellungen: Telefon: 0228/883-7122, E-Mail: info@fes-soziale-demokratie.de
 Digitale Fassung kostenfrei unter www.fes-soziale-demokratie.de